Schönen guten Tag,

wir sind die Wählervereinigung „Die Stadtisten e. V.“ und seit 2014 im Stuttgarter Gemeinderat vertreten. Auch wir blicken mit Spannung auf die kommende Landtagswahl. In diesem Zuge haben wir einen Fragenkatalog erstellt, der für uns wichtige Themen aufgreift, die das Leben in der Kommune betreffen und in einem unmittelbaren Zusammenhang mit landespolitischen Entscheidungen stehen.

Wir würden uns sehr über Ihre Beantwortung dieser Fragen freuen, um sie im Anschluss auf unseren Social-Media Kanälen zu veröffentlichen.

Mit Grüßen aus der Landeshauptstadt

der Vorstand der Stadtisten

Wirtschaft

1. In welchen Wirtschaftszweigen sehen Sie das größte Entwicklungspotenzial für die Wohlstandssicherung des Standorts Baden-Württemberg?

Baden-Württemberg verfügt über zahlreiche - sowohl neue als auch alte - Branchen und Wirtschaftszweige mit enormen Potential für die Zukunft. Eine zielgerichtete Politik sollte daher aus unserer Sicht kein "picking winners" betreiben sondern branchen- und technologieoffen agieren. Wichtig dafür sind Rahmenbedingungen, die erfolgreiches Wirtschaften ermöglichen; eine breite Technologie- und Innovationsförderung, bspw. durch ein leistungsfähiges Bildungssystem, gute Hochschulen oder starke Institute der anwendungsorientierten Forschung; nachhaltiger Bürokratieabbau und eine leistungsfähige Verwaltung.

Kontraproduktiv halten wir hingegen, wenn der Staat einzelne Technologien verbietet. Das Aus für den Verbrennermotor ab 2035 halten wir beispielsweise für einen großen Fehler.

2. Die Metropolregion Stuttgart gehört mit dem Cyber Valley (Kooperation zwischen Stuttgart und Tübingen) und dem IPAI in Heilbronn bundesweit zu den leistungsstärksten Zentren modernster technologischer Entwicklungen. Wie wollen Sie die Synergien dieser zukunftsweisenden Potenziale konkret fördern?

Künstliche Intelligenz ist sicherlich eine der in Frage 1 thematisierten Zukunftsbereiche mit enormen Potential. Das CyberValley in Stuttgart/Tübingen und der InnovationPark Artificial Intelligence (IPAI) in Heilbronn sind dafür wichtige und richtige Einrichtungen. Diese müssten aber noch mehr vernetzt und Synergien genutzt werden.

Für uns ist dabei wichtig, dass es keine einzelnen KI-Regionen oder Konkurrenz zwischen den Regionen gibt - ganz Baden-Württemberg soll KI-Land werden. Der Wettbewerber sitzt nicht in Karlsruhe oder Heidelberg, sondern im Silicon Valley oder Shanghai.
Daher brauchen wir landesweite Kooperation und Abstimmung sowie eine Vermeidung von Doppelstrukturen. Vernetzung nicht Konkurrenz sollte das Prinzip sein. Dabei muss aber nicht jedes Angebot an jedem Ort vorgehalten werden. Ein sinnvolles Vehikel kann in diesem Zusammenhang eine zehnte, auf KI ausgerichtete Landesuniversität sein.

Verwaltung und Bürokratie

1. Bürokratieabbau und Digitalisierung: Wie werden Sie Kommunen technisch und finanziell so ausstatten, dass eine Vernetzung mit der Landesebene möglich wird? Beabsichtigen Sie, ein Landesgesetz für einheitliche IT-Standards zu verabschieden?

Wir werden eine Digitalisierungs-Task-Force der Landesregierung mit den Kommunalen Spitzenverbänden einrichten, die Hemmnisse der Digitalisierung von Land und Kommunen findet und beseitigt. Außerdem werden wir eine Grundlage für die gemeinsame Datenhaltung von Land und Kommunen schaffen und den Kommunen das Angebot machen souveräne Software des Landes mitzunutzen. Die Einführung eines Landesgesetzes für einheitliche IT-Standards halten wir auch im Sinne einer unbürokratischen und schlanken Verwaltung zum aktuellen Zeitpunkt für wenig zielführend.

Wir werden die Kommunen insofern "in die Freiheit" entlassen, dass wir massiv Förderprogramme abbauen wollen, um die Grundfinanzierung der Kommunen deutlich zu verbessern - damit vor Ort die Entscheidungen getroffen werden können, die dort sinnvoll sind. Das über vorgegebene Standards wieder "einzufangen" wäre kontraproduktiv - auch wenn im Digitalbereich schon der Eindruck entsteht, dass hier der Föderalismus und die kommunale Selbstverwaltung eher schaden als helfen...

2. Welche Maßnahmen planen Sie angesichts sinkender Steuereinnahmen, um Kommunen finanziell zu entlasten/unterstützen?

Wir werden die Kommunen insofern "in die Freiheit" entlassen, dass wir massiv Förderprogramme abbauen wollen, um die Grundfinanzierung der Kommunen deutlich zu verbessern - damit vor Ort die Entscheidungen getroffen werden können, die dort sinnvoll sind. Denn es sinken ja nicht die Steuereinnahmen insgesamt (gewisse Städte ausgenommen), sondern es laufen die Kosten der notwendigen Ausgaben davon. Also ist generelle Aufgaben- und Ausgabenkritik das oberste Gebot - was Kommunen schon lange machen müssen muss nun endlich auch die Landesebene konsequent angehen.

Verkehr / ÖPNV

1. Mobilitätsgarantie (in Ballungsgebieten 15-Minuten-Takt, in ländlichen Räumen 30 Minuten) klingt gut, aber wer finanziert die massiven Betriebskosten, wenn die Kommunen schon jetzt am Limit sind?

Wir Freie Demokraten haben die so genannte Mobilitätsgarantie in der vorgeschlagenen Form als weder bedarfsgerecht noch finanzierbar kritisiert. Wir setzten stattdessen auf innovative Angebote wie Digitalisierung und autonom fahrende Shuttles. Diese werden in wenigen Jahren in das Regelangebot Einzug halten können und den Bedienkomfort deutlich erhöhen.

2. Unterstützen Sie eine Reform des Landesstraßengesetzes, die den Vorrang der Schulwegsicherheit vor der „Leichtigkeit des Autoverkehrs“ rechtlich verbindlich vorschreibt?

Der geltende Rechtsrahmen lässt sichere Schulwege zu. Verantwortliche Kommunalpolitik setzt nicht auf Schlagworte, sonder auf pragmatische Lösungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Kultur

1. Schutzschirm für Kommunen: Kultur ist eine freiwillige Aufgabe – wie wollen Sie die Kommunen in diesem Bereich angesichts leerer Kassen finanziell unterstützen?

Wir werden die Kommunen insofern "in die Freiheit" entlassen, dass wir massiv Förderprogramme abbauen wollen, um die Grundfinanzierung der Kommunen deutlich zu verbessern - damit vor Ort die Entscheidungen getroffen werden können, die dort sinnvoll sind. Dies gilt auch für die jeweilige Kulturförderung.

2. Stehen Sie hinter den gefassten Beschlüssen seitens Land und der Stadt Stuttgart hinsichtlich der Sanierung der Württembergischen Staatstheater samt Interimsbau? Falls nicht: Welche Alternativen bieten Sie an?

Wir kritisieren die gefassten Beschlüsse seitens des Landes und der Arbeit der Projektgesellschaft. Die dort gefundene Maximallösung macht eine zeitnahe Sanierung angesichts der Finanzlage leider unwahrscheinlicher. Vermutlich müssen auch günstigere Lösungen für das Interim gefunden werden.

Soziales und Bildung

1. Wie wollen Sie dem Fachkräftemangel in Bildung und Betreuung (von Kita bis Schulende) begegnen, ohne die Qualität zu senken?

Wir als FDP begegnen dem Fachkräftemangel in Bildung und Betreuung, indem wir die Arbeitsbedingungen systematisch verbessern, Personal gezielt entlasten und neue Fachkräfte gewinnen – nicht, indem wir Standards absenken. In der frühkindlichen Bildung setzen wir Freie Demokraten auf den weiteren Ausbau der Ausbildungskapazitäten der praxisintegrierten Ausbildung (PiA) und des Direkteinstiegs Kita “ , auf die Entlastung der pädagogischen Fachkräfte durch Verwaltungs-, Hauswirtschafts- und Zusatzkräfte von nicht pädagogischer Arbeit, auf ein Matching-System, um die Einstellung von fachfremden Zusatzkräften zu erleichtern, auf eine maßvolle Erweiterung des Fachkräftekatalogs im KiTaG, auf die Erhöhung der verfügbaren Zeit von Kitaleitungen für Leitungsaufgaben in den Bereichen Pädagogik, Organisation und Personalführung auf mindestens den Bundesdurchschnitt und auf die strukturelle Anerkennung und finanzielle Unterstützung der Kindertagespflege als vollwertige Säule der frühkindlichen Bildung.

An den Schulen setzen wir Freie Demokraten konsequent auf Stärkung und Entlastung statt Überforderung. Dazu gehört für uns ausdrücklich die A13-Besoldung für Grundschullehrkräfte, um die Gleichwertigkeit aller Lehrämter herzustellen und den Beruf attraktiver zu machen. Gleichzeitig wollen wir Lehrkräfte durch Schulverwaltungsassistenzen und multiprofessionelle Teams aus Schulsozialarbeit, Sonderpädagogik und weiteren Fachkräften von nicht-pädagogischen Aufgaben entlasten. In der Sonderpäd

2. Stuttgart braucht mehr als nur Schlafplätze – mit welchen Landesförderprogrammen wollen Sie Kommunen dabei unterstützten, „dritte Orte“ und quartiersbezogene Begegnungszentren zu finanzieren, um der wachsenden sozialen Vereinsamung in unseren Stadtteilen entgegenzuwirken?

Wir Freie Demokraten haben uns stets im Bewusstsein von Freiheit und Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt eingesetzt. Konzepte gegen Einsamkeit ermöglichen. Für uns ist Sozialpolitik eine Investition in den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Daher werden wir Sozialräume stärken, Ehrenamt fördern, Teilhabe und Konzepte gegen Einsamkeit ermöglichen. Wir werden kommunale bürgerschaftliche Initiativen für ein soziales und solidarisches Gemeinwesen fördern, um Teilhabe im Alter aktiv zu gestalten und Einsamkeit zu vermeiden. Wir denken in diesem Zusammenhang beispielsweise an präventive Hausbesuche.

Wohnen

1. Ein spezifisches Hemmnis der Innenentwicklung ist die Stellplatzpflicht. Bei der Aufstockung von Gebäuden ist der Nachweis zusätzlicher Stellplätze auf dem Grundstück oft physisch unmöglich. Setzten Sie sich für einen vollständigen Verzicht der Stellplatznachweispflicht bei Aufstockungen im Bestand ein, um Wohnraum nicht an Auto-Stellplätzen scheitern zu lassen?

Wir möchten die Stellplatzpflicht vollständig kommunalisieren, sodass immer passgenaue Regelungen entstehen. Zudem verweisen wir auf den § 37 (§) Landesbauordnung (LBO):

(3) Bei Änderungen oder Nutzungsänderungen von Anlagen sind Stellplätze oder Garagen in solcher Zahl herzustellen, dass die infolge der Änderung zusätzlich zu erwartenden Kraftfahrzeuge und Fahrräder aufgenommen werden können. Satz 1 gilt nicht bei der Teilung von Wohnungen sowie bei Vorhaben zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum durch Ausbau, Anbau, Nutzungsänderung, Aufstockung oder Änderung des Daches, wenn die Baugenehmigung oder Kenntnisgabe für das Gebäude mindestens fünf Jahre zurückliegen.

Heißt praktisch: Viele Aufstockungen im Bestand lösen nach § 37 (3) S. 2 LBO keine zusätzliche Stellplatzpflicht aus, wenn die 5-Jahres-Frist erfüllt ist.

2. Kommunales Quartiersförderprogramm: Setzen Sie sich für ein integriertes Förderprogramm ein, das Wohnungsbau mit Erdgeschossnutzungen (Gewerbe, Kultur, soziale Infrastruktur) kombiniert?

Wir möchten die Wohnraumförderung modernisieren und gänzlich umgestalten. Jüngst hat erst der Rechnungshof des Landes Boden-Württemberg festgestellt, dass die Wohnraumoffensive des Landes ineffektiv. ist. Zudem wollen wir die Landesbauordnung für innovative Bauformen öffnen und durch urban Sondergebiete Mischnutzgen vereinfachen. Außerdem soll eine Generalumbaunorm in der LBO verankert werden, damit Umbauen und Umnutzen einfacher wird.